

die mit so wenig Kostenaufwand erstellt, jedem Wunsche nicht so entsprechen kann, als eine Straße, auf die Laufende verwendet wurden."

So weit die Abwehr. Nun aber ist die Frage des Triesner Straßenbaues in ein anderes Stadium eingetreten, indem die hohe Regierung sich veranlaßt sah, zur Verhütung weiterer Schädigung des Gemeindeinteresses die Angelegenheit in die Hand zu nehmen. Es erging deshalb in diesen Tagen Folgendes an den Ortsvorsteher Bargege: „Nr. 537. R. S. 1865. Dekret an den Ortsvorsteher Triesen. Der Straßenbau zwischen dem Orte Triesen und der Triesenberger Straße ist in ein Stadium getreten, welches den Mangel jeder Sachkenntnis von Seite der Bauleitung darthut, und mit vollem Grund den Gegenstand allgemeiner Unzufriedenheit unter den Triesner Dorfbewohnern sowie der Kritik durch die öffentlichen Blätter bildet.

Er liefert den Beweis, wohin der Eigensinn einer Ortsvorstehung führen kann, die sich darin gefällt, mit der Gemeindevertretung den wohlmeinenden Vorschlägen der Behörde bei jeder Gelegenheit entgegenzuhandeln.

Zeit und Arbeitskraft ist nun verplittet, der Weg selbst aber für jedes Fuhrwerk unfahrbar gemacht.

Die schwere Verantwortung der versäumten Amtspflichten trifft zunächst den Herrn Ortsvorsteher Bargege, welcher den Straßenbau leitete, jedoch jeden Beirath von Seite des Herrn Landestechnikers zurückwies.

Obwohl es nun jedenfalls angezeigt wäre, wenn die Regierung auf Kosten der Schuldtragenden den Straßenbau im Affordwege ausführen ließe, so will man noch einmal versuchen, die Gemeindevertretung zur Ueberzeugung zu bringen, daß die Bauleitung einem Sachverständigen übergeben werden müsse, wenn etwas Ordentliches geschaffen werden soll. Der Ortsvorstand wird daher dringend aufgefordert, über den verunglückten Straßenbau mit dem Landestechniker Rücksprache zu nehmen, den Anordnungen desselben sofort pünktlich Folge zu leisten, die Bauleitung selbst aber einem fähigeren Manne abzugeben.

F. Regierung.

Baduz, am 26. Mai 1865.

Hausen."

## Rundschau.

Vom österreichischen Reichsrath ist der neue Vertrag mit dem Zollverein jedoch nicht ohne heftige Kämpfe angenommen worden. Wenn auch weit entfernt von einer vollständigen Proklamation vollständiger Handelsfreiheit bedingt der neue Vertrag doch bei vielen Fabrikanten sehr ermäßigte Zölle, so daß die österreichischen Industriellen ihren Ruin herbeigeführt glauben. Oesterreichs Industrie sei noch zu jung und zu schwach, um den Kampf mit den entwickelten Zollvereinsstaaten aufzunehmen. Das mag in den meisten Stücken wahr sein. Aber wenn auch die Schutzzölle noch 12 Jahre bestehen würden, so ist damit noch nicht gesagt, daß alsdann die österreichische den Wettkampf aufnehmen könnte; denn in dieser Zeit machen die Andern auch wieder ihre Fort-

schritte, ja vielleicht noch größere, wenn man Alles ins Auge faßt, was ökonomischen Fortschritt erzeugen hilft. Es gibt also kein besseres Mittel, als das Kind der österreichischen Industrie auf die Füße zu stellen, daß es allmählig gehen lerne. Und ferner ist es mit den Schutzzöllen eine eigene Sache; man nimmt den Thaler aus der Tasche eines Unterthanen und schiebt ihn in die eines Andern. Wenn nichts verloren geht, so doch wenigstens die Kosten dieses Hin- und Herschiebens der Zollgelder. Nur rasch die Hand ans Werk! Befreit den Handel und Verkehr von allen inländischen Beschränkungen, lästigen Stempeln und Gebühren, Bevormundungen u., sorgt für tüchtige Geschäftsbildung, sucht Absatzwege in der Fremde, schafft billigen und schnellen Transport und der kleine Verlust wird sich bald ersetzen. Dann habt ihr eine Industrie, die auch Sturm und Wetter aushalten kann und keiner kostspieligen Treibhauspflege bedarf.

Preußen will die Schleswig-Holstein'schen Stände einberufen, um über seine Forderungen mit den Landesvertretern zu berathen. Bis diese Forderungen erfüllt seien, müsse Preußen das Land in Verwaltung behalten. Also, Preußen gibt nicht nach, es geht ernstlich darauf aus, diese Länder sich einzuverleiben.

Im bayrischen Landtage ist ein Amnestiegesetz für alle politischen Verbrecher aus dem badisch-pfälzischen Aufstand angenommen worden.

In Nordamerika ist man einem Complot auf die Spur gekommen, welches den Plan verfolgte, die Präsidenten und Minister der Nordstaaten sammt und sonders zu ermorden. Auch der Präsident der Südstaaten, Jefferson Davis, soll Mitwisser dieser scheußlichen Pläne sein. Die Prämie von 100,000 Dollars, welche man auf die Einfangung des Rebellenhauptlings setzte, scheint Erfolg gehabt zu haben. Davis wurde erwischt, als er sich in Frauenkleidern vor den Bundesoldaten in ein Gehölz flüchtete. Anfangs wollte er sich mit einem Messer zur Wehre setzen, ergab sich jedoch, als man ihn durch ein vorgehaltenes Pistol bedrohte. Man glaubt, er werde dem Henker nicht entgehen. Ebenso wurde ein Dr. Blackburn gefangen, welcher von den Verschwörern ausgesandt war, um die Leute des Nordens zu vergiften und das gelbe Fieber in New-York einzuschleppen. Er hat eine Anzahl Koffern, welche mit ansteckenden Kleidern und Betten gefüllt waren, nach dem Norden gesandt. — Der Krieg ist aus und das Militär bis auf 150,000 werden entlassen. Viele entlassene Streiter gehen nach Mexiko um dem neuen Kaiserthum ein frühes Ende bereiten zu helfen. Napoleon ist es nicht wohl bei diesem Stand der Sache und noch schlechter wird der Humor des Kaisers Max sein.

## Allerhand Neuigkeiten.

\* Baduz, 22. Mai. Schon am 15. d. M. wurden dahier an Reben in einer sehr geschützten und warmen Lage (an einer südlichen Mauer und unter dem überhängenden Dache) die ersten Traubenblüthen bemerkt. Heute sah Einsender dies an seinen Reben beim Hause ebenfalls schon viele blühende Trauben und zwar an